

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Unsere Lohn- und Tarifbewegungen im Jahre 1928.

Wer die Tätigkeit unserer freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung würdigen will, der muß von der Zeit ausgehen, der unsere heutigen Organisationen ihre Entstehung verdanken. In den ersten Jahrzehnten selbst von weiten Kreisen der Arbeiterschaft mißverstanden, vom Unternehmertum aufs tiefste gehaßt und von den Machthabern des alten Obrighkeitsstaates mit allen erdenklichen Mitteln schikanerter, nicht selten unterdrückt, hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den nunmehr etwa 60 Jahren ihres Bestehens einen zwar mühevollen und beschwerlichen, aber doch erfolgreichen Weg zurückgelegt, und alle Verfolgungen haben nicht vermocht, sie in ihrem Vorwärtsschreiten aufzuhalten.

Wie in den Entstehungsjahren, ist es auch heute noch und wird es immer die vornehmste Aufgabe der deutschen Gewerkschaften bleiben, der Arbeiterschaft einen größtmöglichen Anteil an den Erträgen der Wirtschaft zu sichern. Unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen der neueren Zeit genügt dazu nicht mehr die faktisch geschickte Ausnutzung zeitweilig günstiger Konjunkturercheinungen. Der Erfolg von Lohnbewegungen ist heute mehr als jemals zuvor von den wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen bedingt. Das hat sich im vergangenen Jahre ganz besonders deutlich an dem Verlauf des gewaltigen Lohnkampfes in der nordwestdeutschen Eisenindustrie gezeigt. Nach Ablehnung des verbindlich erklärten Schiedspruches trugen sich die Unternehmer wieder einmal mit dem Gedanken einer Generalaussperrung der gesamten reichsdeutschen Metallindustrie. Der Beschluß des Reichstages, die Ausgesperrten aus Reichsmitteln zu unterstützen, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften, hat dem Unternehmertum die Umstellung der politischen Machtverhältnisse so deutlich vor Augen geführt, daß sie sich zur Aufhebung der Aussperrung veranlaßt sahen und die Anerkennung eines vom Reichsinnenminister Severing zu fällenden Schiedspruches zusagten. Dieser Fall hat symptomatische Bedeutung für die Steigerung der Machtpositionen der deutschen Arbeiterschaft.

Kann unser Maler- und Lackiererberuf auch nicht für sich in Anspruch nehmen, als ein für den Gang der Wirtschaft besonders lebensnotwendiges Gewerbe angeprochen zu werden, so ist seine Existenz für die Erhaltung des Volksvermögens nicht weniger wichtig. Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich der Ausschuss zur Erhaltung der Sachwerte angelegen sein läßt, die breiteste Öffentlichkeit auf den weitgehenden Verfall infolge Vernachlässigung der schützenden Anstriche und Farbschichten aufmerksam zu machen. Unser Malergewerbe, das seit 1924 einen so gewaltigen Zuzug durch gesteigerte Lehrlingsausbildung erhalten hat, so daß auch in den besten Konjunkturperioden nicht alle Berufstätigen Beschäftigung finden können, bedarf dringend dieser Propaganda zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheiten. Selbst im Jahre 1927, das doch als Rekordjahr wirtschaftlichen Aufschwunges gepriesen wird, ist die Zahl der beruflichen Arbeitslosen nie unter 4,5 % unserer Verbandsmitglieder heruntergegangen, und die Arbeitslosigkeit betrug im Mai 1928, dem günstigsten Monat des Berichtsjahres, immer noch 4,4 %, um dann langsam aber stetig wieder anzusteigen. Wie bisher kletterten aber die Preise für die notwendigsten Verbrauchsgüter weiter nach oben. So setzte denn gleich mit dem Beginn des Frühjahres eine erhöhte Tätigkeit zur Durchführung der zur Erhaltung des Lebensstandards erforderlichen Lohnverbesserungen ein. Und obwohl die Wirtschaftsverhältnisse in unserm Berufe nicht besonders günstig waren, konnte unser Verband bei seinen Lohn- und Tarifbewegungen beachtenswerte Erfolge erzielen.

Einschließlich einer Abwehrbewegung wurden im Jahre 1928 von unserm Verbande 163 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen und 58 Streiks und Aussperrungen in 3002 Orten mit 36 656 Betrieben und 124 487 Beschäftigten (davon 886 weibliche Berufsangehörige und 34 485 Malerlehrlinge) durchgeführt, gegen 259 Bewegungen ohne und 71 Bewegungen mit Arbeitseinstellungen im Jahre 1927, an denen insgesamt 33 261 Betriebe mit 101 394 Beschäftigten (davon 489 weibliche Berufsangehörige und 30 520 Lehrlinge in Malereibetrieben) beteiligt gewesen waren.

Der Reichstarifvertrag für das deutsche Maler- und Lackiererhandwerk war am 15. Februar 1928 abgelaufen, wurde aber in beiderseitigem Einverständnis bis 30. April verlängert. Seine Erneuerung erfolgte nach zweitägigen Verhandlungen am 14. April, wobei vor allem eine Anpassung einzelner Vertragspositionen an die neueren Bestimmungen des Arbeitsrechtes und des Arbeitsgerichtsgesetzes erfolgte und auch sonstige Verbesserungen durchgeführt werden konnten. Der rheinisch-westfälische und der schlesische Landestarif blieben in Geltung, wurden aber, ebenso wie der Reichstarif, durch Einbeziehung einer beträchtlichen Anzahl neuer Lohngebiete erweitert. Insgesamt bestanden am Jahresende für

Im Zeitalter gewaltiger Organisationen kannst Du

Den Aufstieg der Arbeiterklasse, Das Glück Deiner Familie, Die Zukunft Deiner Kinder,

nur in Gemeinschaft mit Deinesgleichen erkämpfen.
Deshalb gliedere Dich ein ins gemeinsame Heer!

das Malergewerbe 644 zentrale Tarifverträge, die sich auf 25 377 Orte mit 3 282 7 Betrieben und 1 013 05 beschäftigten Personen erstreckten, gegen 529 zentrale Tarife für 1869 Orte mit 29 370 Betrieben und 83 454 Beschäftigten bei Beginn des Jahres. Dazu kommen noch 31 örtliche Malertarife, die 156 Orte mit 1534 Betrieben und 4696 Beschäftigten umfassen. Für die Durchschlagskraft unserer Argumente ist hervorzuheben, daß der diesmalige Tarifabschluß erstmals ohne die Mitwirkung eines Unparteiischen erfolgen konnte.

Anderer bei den im Anschluß daran folgenden Lohnverhandlungen. Unsere Forderung auf eine 20prozentige Lohnerhöhung verschlug den Arbeitgebervertretern gänzlich die Stimmung. Die Verhandlungen mußten um einen Tag hinausgeschoben und als Unparteiischer der damalige Schlichter und jetzige Reichsarbeitsminister Wissell hinzugezogen werden. Unter seiner Leitung wurde dann ein Schiedspruch gefällt, der mit Beginn der ersten Lohnwoche im Mai eine Erhöhung der geltenden Stundenlöhne bis 1,09 M um 4 %, über 1,09 M um 5 %, und vom 28. September an eine weitere Erhöhung der bisherigen Lohnsätze bis 99 % um 2 % und der Löhne von 1 M und mehr um weitere 3 % vorsah. Es ergab sich dadurch eine durchschnittliche Lohnverbesserung um 7,8 % die Stunde oder 3,74 M die Woche. Auf derselben Höhe oder doch nur um Bruchteile eines Pfennigs davon abweichend, und bei einer ähnlichen Staffelung auf zwei Termine, bewegten sich die Lohnerhöhungen unter den übrigen zentralen Tarifverträgen, während unter den Ortsstarifen durchschnittlich 6,8 % und in 8 Lohngebieten ohne tarifliche Bindung rund 6 % herausgeholt werden konnten. In Gruppen zusammengestellt, betragen die Erhöhungen der Stundenlöhne durch Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen:

Höhe der Zulage pro Stunde	Lohngebiete		Betriebe		Beschäft. Gehilf.	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bis zu 5 Pfg.	98	14,5	1 474	4,9	2 225	3,3
6 bis 10 "	554	81,7	27 536	90,9	62 019	92,8
11 " 15 "	12	1,8	467	1,5	1 098	1,6
16 " 20 "	5	0,7	119	0,4	299	0,5
21 Pfg. u. mehr	4	0,6	84	0,3	146	0,2
Ausl. Währung	5	0,7	597	2,0	1 091	1,6
Zusammen	678	100,0	30 277	100,0	66 878	100,0

In Rheinland-Westfalen, wo die Arbeitgeber allen Ernstes das Angebot gemacht hatten, die bestehenden Löhne auf den Stand des Jahres 1925 zurückzurevidieren, mußte die Anerkennung des dort gefällten Schiedspruches durch Arbeitsniederlegung in den maßgebenden Großstädten erzwungen werden. Weitere offene Lohnkämpfe fanden in Königsberg, Saarbrücken und kleineren Orten statt.

Insgesamt konnte im Malergewerbe durch 51 Bewegungen ohne und durch 8 Angriffsbewegungen mit Arbeitseinstellungen für 1 713 beschäftigte Gehilfen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 205 374 M, für 413 Beschäftigte von 1982 Danziger Gulden, für 510 Beschäftigte von 9571 französischen Franken und für 168 Beschäftigte von 1452 polnischen Zloty erreicht werden. Außerdem wurden durch Abschluß von Tarifverträgen für 80 687 Beschäftigte sonstige Verbesserungen durchgeführt, die zahlenmäßig nicht zu erfassen sind, so erheblich ihre Auswirkungen für den einzelnen Kollegen sonst sein mögen. Nicht zu unterschätzen ist die allgemeine Verblindlichkeit der Tarifverträge und der Lohnvereinbarungen, die allen Berufsangehörigen — weit über den Rahmen der Organisierten hinaus — ein klagbares Recht auf die Durchführung der festgelegten Bestimmungen gewährt. In Lackierereien und Industriebetrieben wurden 111 Angriffsbewegungen und 1 Abwehrbewegung ohne Arbeitseinstellung, 12 Angriffsstreiks mit 250 Streiktagen, 3 Abwehrstreiks mit 19 Streiktagen und 7 Aussperrungen mit einer Gesamtdauer von 293 Aussperrungstagen durchgeführt. Außerdem waren 83 Mitglieder bei 17 Angriffs-, 3 Abwehrstreiks und 8 Aussperrungen anderer Berufe auf zusammen 560 Kampftage in Mitleidenschaft gezogen. Diese 162 Bewegungen erstreckten sich auf 282 Orte mit 1321 Betrieben und 14 005, davon 886 weiblichen, Berufsangehörigen, von denen 6849 (davon 215 weibliche) Mitglieder unser Verbandes waren. Neben der dringend notwendigen Lohnerhöhung spielte in der Industrie auch die Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit beziehungsweise der Wiederherstellung des Achttundentages eine hervorragende Rolle. Mit geringen Ausnahmen sind alle Bewegungen mit beachtenswerten Erfolgen zu Ende geführt worden. Für 138 Betriebe mit 3352 Beschäftigten wurde eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um insgesamt 10 007 Stunden erreicht, die sich wie folgt verteilen:

Verteilung um Stunden pro Woche	In Betrieben	Für beschäftigte Personen	Zusammen Stunden pro Woche
Bis zu 1 Stunde	18	55	41
1½ bis 2 Stunden	33	1450	2414
3 " 4 "	37	1247	4326
5 " 6 "	28	591	3226
Zusammen	136	3352	10007

Damit ist seit 1924 die Arbeitszeit für 14 477 in der Industrie beschäftigte Berufskollegen um insgesamt 43 398 ½ Stunden die Woche verkürzt worden. Man kann sich an Hand dieser Zahlen einen Begriff davon machen, welche unendliche Summe von Arbeit und finanziellen Opfern von der Organisation zu leisten sind, um die Rückschläge während der unsere deutsche Arbeiterschaft so schwer belastenden Inflationsjahre wieder nachzuholen. An Lohnerhöhungen wurden erreicht, durch die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen für 10 674 männliche und 845 weibliche in der Industrie beschäftigte Berufsangehörige 38 423 M und für 192 Kollegen 1567 Danziger Gulden für die Woche; durch Streiks und Aussperrungen wurden 1205, davon 75 weibliche, Berufsangehörige 30 75 M wöchentlich Lohnerhöhung erkämpft. Der finanzielle Erfolg beziffert sich demnach auf 41 480 M die Woche; außerdem konnten für 8559 Beschäftigte sonstige Verbesserungen, wie günstigere Akkordberechnung, Verlängerung der Ferien und dergleichen mehr, durchgeführt werden. Durch die Abwehrkämpfe ist eine Lohnreduzierung für 44 Beschäftigte um 561 M die Woche, und für 25 Personen sind sonstige Verschlechterungen und Maßregelungen abgewehrt. — Der Umfang der vom Verband für unsere Lackiererkollegen vereinbarten Tarifverträge ist von 811 Betrieben mit 7501, davon 291 weiblichen, Beschäftigten auf 839 Betriebe mit 7573, davon 624 weiblichen Berufsangehörigen erweitert worden.

In einem Schlusssatz werden wir die Gesamterfolge, die Aufwendungen des Verbandes und die Nutzenwendungen für unsere Kollegen noch näher würdigen.

Der moderne Maler

hängt nicht am alten. Er liest unser FACHBLATT DER MALER

Das Dinta und seine neuen Bundesgenossen.

Das Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta) wurde am 24. Mai 1925 in der Sitzung der Fachauschüsse des Vereins deutscher Eisenhüttenleute gegründet. In der Eröffnungsansprache sagte der Vorsitzende Dr. Wölkler: „Die Einsichtigen unter uns sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeiterfrage — ich will das Wort richtig und kurz fassen — festgelaufen sind. Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind.“ Damit gab Wölkler schon den Bankrott der Unternehmer in der Behandlung des wichtigsten ihrer Produktionsfaktoren, des Menschen, unumwunden zu.

Wie steht es nun heute mit dem Dinta? Darüber wird der „Metallarbeiter-Zeitung“ folgendes berichtet: Zum vierjährigen Bestehen des Instituts mußte man doch etwas tun. Beim Schalker Verein in Gelsenkirchen, an der Geburtsstätte des Dinta, hat der Direktor des Instituts sein Hauptquartier aufgeschlagen. Die Hüttenzeitung, die wöchentlich erscheint, erscheint jetzt nur noch vierzehntäglich. In der Hüttenzeitung wurde oft erzählt, sie werde von der Arbeiterschaft gerne gelesen. Das ist natürlich Fabel. Dem Arbeiter widersteht diese Art von geistlicher Nahrung. Große Hoffnung setzte man auf die christlichen Gewerkschaften. In dem Tätigkeitsbericht des Instituts vom Jahre 1927/28 kann man lesen:

„Bedeutend gegensätzlicher und ungeklärter ist das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die Institutsleitung hat für die Besorgnisse der Gewerkschaften immer Verständnis gezeigt. . . . Das hat erfreulicherweise dazu beigetragen, daß seit Jahresfrist die christlichen Gewerkschaften dem Dinta gegenüber eine verständnisvollere Haltung an den Tag legen als anfänglich. Wir bedauern, daß die freien Gewerkschaften dem besonnenen Beispiel der christlichen Gewerkschaften nicht gefolgt sind und daß der unbegründete Kampf von Seiten der freien Gewerkschaften trotz aller Anerkennung der beruflichen Förderung der Arbeiterschaft durch das Dinta mit unerminderter Schärfe in Kundgebung und Presse weitergeführt wird.“

Von den christlichen Konfessionen wird in dem Bericht weiter gesagt: „Das Interesse dieser Organisationen ist entweder kultur- oder sozialpolitisch. Soweit es kulturpolitisch ist, wird die Frage aufgeworfen, ob nicht durch die Dintabestrebungen die Industrie den Versuch mache . . . den Menschen ausschließlich für die Zwecke und Mentalität des industriellen Erwerbslebens zu beschlagnahmen. Der Mensch soll durch das Dinta aus sozialpolitisch vorwärtsdrängenden Verbänden herausgelöst werden, um ihn um so besser dem rein wirtschaftlichen Willen der Industrie unterwerfen zu können. Dieses Bedenken muß vom Dinta durch eine große Anzahl von Veröffentlichungen, Vorträgen und Besprechungen ausgeräumt werden. Soweit die beiden großen christlichen Konfessionen in Frage kommen, darf hier wohl gesagt werden, daß die anfänglich auftauchenden Besorgnisse der geschiedenen Art im wesentlichen zerstreut wurden. Die Vertreter beider Konfessionen zeigen sowohl in persönlicher Aussprache wie auch in ihren Veröffentlichungen durchwegs ein großes Verständnis für die Aufgaben, die sich das Dinta gestellt hat. . . . Die Institutsleitung bestätigt diese verständnisvolle und unvoreingenommene Haltung bei in Frage kommenden kirchlichen Kreise mit ganz besonderer Genugtuung und ist davon überzeugt, daß dieses Vertrauensverhältnis von Seiten des Dinta und der ihm befreundeten Firmen keine Störung erleiden wird.“

Wenn das wahr ist, was da die Leitung des Dinta behauptet, so würde das bedeuten, daß die Kirche und ihr

Anhang eins sind mit dem reaktionärsten Unternehmertum, die Arbeiter geistig zu vernageln, um sie besser scheren zu können. Denn zu nichts anderm dient ja das Dinta. Dafür werfen die Schwerindustriellen die braunen Lappen haufenweis hin. Es wird bestimmt umsonst sein. Als Beweis dafür kann das Ergebnis der jüngsten Betriebsräte-wahlen beim Schalker Verein gelten. Wenn irgendwo, so hätte sich hier, wo die Leitung des Dinta ihr Hauptquartier hat, zeigen müssen, daß die Verdummung der Arbeiter gelungen ist. Wie in diesem Werke die Äksten des Dinta stehen, lehren folgende Zahlen: Es wurden bei der Betriebsrätewahl Stimmen abgegeben für freie Gewerkschaften 2370, christliche Gewerkschaften 468, Gewerksverein (S.-D.) 122, Gelbe 308.

Die fesselnde Kraft des Fließbandes.

Als sich die Arbeit am laufenden Bande auch in Europa einzubürgern begann, wurde diese neue Arbeitsmethode mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Arbeiterschaft in Deutschland war besonders skeptisch. Nicht nur sie, sondern auch namhafte Gelehrte von Range eines Werner Sombart redeten von der Entseelung der Arbeit. Doch der aufmerksame Beobachter muß feststellen, daß die Ansichten über die Fließarbeit sich vielfach gewandelt haben. In der Mehrzahl der Fälle haben sich die Arbeiter am laufenden Bande mit dieser technischen Neuerung abgefunden und wünschen ein zurück nicht mehr. In den Vereinigten Staaten war der Widerstand gegen die Fließarbeit von vornherein nicht sehr stark. So berichtet zum Beispiel ein Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“ in Nr. 294, daß die Einführung der Fünf-Tage-Woche bei Ford die Einstellung von 30 000 Arbeitern erforderlich gemacht habe. Dann heißt es in dem betreffenden Artikel wörtlich:

„Als Ford nach diesen 30 000 Mann rief, kam eine halbe Million nach Detroit! Ein überraschendes Resultat für Amerika, wo es angeblich keine Arbeitslosigkeit geben soll. . . . Die Tatsache, daß eine halbe Million Menschen dem Ruf nach 30 000 folgten, um bei Ford Beschäftigung zu finden, muß für jeden, der das laufende Band hat arbeiten sehen, etwas Ueberwältigendes bedeuten. Der Drang nach der grausamsten Maschine, die je ein Menschenhirn erdacht hat, erscheint unbegreiflich. Das laufende Band, dessen Geschwindigkeit mit der Stoppuhr bis auf den letzten Schweißstropfen des Arbeiters berechnet ist, zieht Hunderttausende an. Und alle diese Hunderttausende müssen wissen, daß sie sich der Gewalt einer Maschine willenlos zu beugen haben.“

Im Juniheft der vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit herausgegebenen „R.W.-Nachrichten“ lesen wir in einem Bericht über die Rationalisierung in der Schu-hindustrie unter anderem folgendes: „Die Einführung der Einzelarbeit in den Fließ- oder Bandprozess ist der ganz überwiegenden Zahl der Arbeitskräfte, männlichen wie weiblichen, durchaus angenehm; auch in Betrieben, wo die Bandarbeit nicht wie in der Mehrzahl der Betriebe eine Verdienstherabsetzung von 5 bis 10 % gegenüber der Einzelakkordarbeit bringt, drängen sich die Arbeitskräfte zur Bandarbeit. Nur wenige Leute geben die Bandarbeit freiwillig auf, weil sie sich an die Zeitbindung nicht gewöhnen können, ganz vereinzelt Arbeiterinnen, weil das Auge das dauernd laufende Band störend empfindet, niemand aber wegen zu starker Intensität oder Einseitigkeit der Arbeit.“ Ähnliche Beobachtungen sind auch noch in andern deutschen Industrien zu machen.

Die Zauberkraft des laufenden Bandes zieht die Menschen an. Die Persönlichkeit des arbeitenden Menschen ist ausgeschaltet. Dennoch finden sich die meisten Menschen damit ab. Nicht immer freiwillig, sondern gezwungener-

maßen, weil sie ihren Broterwerb verlieren, wenn sie dem Tempo der eisernen Kette nicht mehr zu folgen vermögen. Es wäre eine Aufgabe der Gewerkschaften einmal Untersuchungen darüber anzustellen, wie die Fließarbeit sich in den einzelnen Industrien ausgewirkt hat und ob die Empfindung allgemein ist, daß der Arbeiter die Bandarbeit anerkennt und deren Befestigung nicht mehr wünscht.

Berufsschulferien - Beihilgsferien.

Der unausgesehten Tätigkeit der Arbeiterorganisationen ist es mit Unterstützung von einsichtigen Leuten aus Lehrerkreisen gelungen, den Berufsschulunterricht von den Abend- und Sonntagsstunden auf einen Wochentag und in die Arbeitszeit zu verlegen. Zweifellos fällt die Lehrtätigkeit auf besseren Boden, wenn die Unterrichtsstunden nicht mehr als Verlängerung der täglichen Arbeitszeit oder Beschneidung der ohnehin kärglichen Freizeit anzusehen sind und die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter mit ausgeruhtem Körper und aufnahmefähigen Geist an dem Fortbildungskursen teilnehmen können.

Nun haben in diesen Wochen wieder überall die großen Sommerferien angefangen. Damit fällt auch für die Fach- und Berufsschulen der Unterricht aus. Aber für die jungen Menschenkinder, die seit Ostern dieses oder der letzten vergangenen Jahre der allgemeinen gesetzlichen Schulpflicht entwachsen sind und nun den Fortbildungunterricht besuchen müssen, bedeutet die früher so sehnlich erwartete Ferienzeit zwar ein Aussetzen des Unterrichts, aber auch ein schärferes Einspannen im Betriebe und auf der Arbeitsstelle. Ist der Schultag in den allermeisten Fällen eine notwendige Erholung von der noch ungewohnten und für den jugendlichen Körper nicht selten allzu schweren Arbeit gewesen, so fällt diese Erholung jetzt weg; das bedeutet eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit und damit vermehrte Ausbeutung der ohnehin schlecht oder gar nicht bezahlten Arbeitsleistung der Lehrlinge.

Auf diesem Gebiet hat die Industrie vielfach mehr Einsicht gezeigt als das Handwerk. Nur wenige Handwerksberufe sind es bis jetzt, die ihrem Nachwuchs einen wenn auch nur kurzen Arbeitsurlaub gewähren, und wo das der Fall ist, hält sich der einzelne Unternehmer nur selten an die Erfüllung dieser eigentlich ganz selbstverständlichen Pflicht gebunden. Ihre Einhaltung wird nur von den Gewerkschaften gefordert und überwacht. Sollen die modernen wissenschaftlichen Forschungen keine leere Demonstration sein, dann müssen sich Ärzte und Pädagogen wie auch alle Bevölkerungspolitik mit den Arbeiterorganisationen in eine Front stellen. Sie müssen ihren gemeinsamen Einfluß geltend machen, um durch Schaffung zwingender Gesetze und bei Androhung empfindlicher Strafen allen in der Ausbildung oder in einem Arbeitsverhältnis stehenden Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, einen mindestens zweiwöchentlichen Erholungsurlaub zu sichern. Daß bei jeder Art Lohn-, Lehr- oder Dienstverhältnis ein angemessenes Feriengeld gewährt werden muß, ist so selbstverständlich wie die Forderung, daß Staat oder Kommunen geeignete Ferienhelme usw. zur Verfügung zu stellen haben. Bei der Einstellung unserer Handwerksmeister, die das Lehrverhältnis als eine reine Erziehungsaufgabe angesehen wissen wollen, und die sich so sehr für das geistige und körperliche Wohl der Jugend verantwortlich fühlen, daß sie zur Zeit den Gewerkschaften noch jedes Mitbestimmungsrecht vorenthalten wollen, müßte das eine Selbstverständlichkeit sein.

Leider ist sie das nicht und wie sich die Gewerkschaften jeden Fortschritt durch Kämpfe erringen mußten, so werden sie auch auf diesem Gebiet heute noch so stark vergebliche Stellung der Unternehmer durch Kampf erkämpfen müssen. Anfänge sind schon gemacht, sind doch die Arbeits-

Ein Pionier der Bauarbeiterbewegung.

Die gegenwärtige Zeit der allgemeinen europäischen Arbeitslosigkeit läßt es kaum zu, zu glauben, daß es auch einmal eine Zeit gegeben hat, in der Tausende und aber Tausende ausländischer Arbeiter alljährlich in Deutschland Beschäftigung fanden. Polen, das Gebiet der heutigen Tschechoslowakei, Holland und Italien waren die Staaten, aus denen vor dem Kriege alljährlich die Arbeiter und Arbeiterinnen in Massen nach Deutschland strömten, um regelmäßig zu Beginn des Winters wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Neben der Landwirtschaft war es insbesondere das Baugewerbe, in dem diese Ausländer beschäftigt wurden.

In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 erfreute sich das Baugewerbe einer äußerst günstigen Entwicklung, und für die Bauunternehmer war das eine Zeit der Ernte, während die Arbeiter noch schwach organisiert, nicht imstande waren, die Konjunktur auch für sich auszunutzen. Der Zuzug ausländischer Bauarbeiter wurde vom Unternehmertum mit allen Mitteln gefördert. An eine äußerst primitive Lebensweise gewöhnt, hausten die italienischen Wandearbeiter in Baracken in der Nähe der Baustelle und waren selbstverständlich für die Unternehmer die besten Ausbeutungsobjekte, die sie dann auch nach Möglichkeit da einsetzten, wo ein Streik der deutschen Arbeiter ausbrechen war. Die Behörden unterstützten die Bestrebungen der Unternehmer, ohne sich um den daraus erwachsenden volkswirtschaftlichen Schaden zu kümmern. Für die deutschen Arbeiter gab es kein Mittel, diese Schädlinge fernzubehalten und sie anzuklären; aus den Streikbrechern und Lohnrüchtern christliche, selbstbewußte organisierte Arbeiter zu machen, war außerordentlich schwer, allein wegen der Sprachunterschiede.

So wurde dann 1893 von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Versuch gemacht, durch die Presse in ihrer Muttersprache auf die Leute einzu-

wirken. Auf Veranlassung und mit Unterstützung der am meisten daran interessierten Organisationen wurde eine Propagandazeitschrift in italienischer Sprache herausgegeben. Ihr erster Redakteur war der Kaufmann Oscar Wolff, der sich viele Jahre in Italien aufgehalten und der Sprache in Wort und Schrift mächtig war. Im folgenden Jahre wurde Johann Valär, den der alte Schweizer Genosse Breulich sehr warm empfohlen hatte, von der Generalkommission als Redakteur des „l'Operaio Italiano“ angestellt; er trat am 10. Januar 1900 seine Stellung in Hamburg an.

Die Zeitung, die anfänglich alle drei Wochen erschien, kam vierzehntäglich und später wöchentlich heraus. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete Carl Legien, und so ging einige Zeit alles glatt. Acht Monate später wurde durch eine Unvorsichtigkeit die Polizei auf den Ausländer Valär aufmerksam, und prompt erfolgte seine Ausweisung ohne Angabe von Gründen. Valär wandte sich nach Ludwigshafen am Rhein und redigierte unter erschwerten Umständen seine Zeitung von dort aus, während sie in Hamburg bei Luer & Co. gedruckt wurde und Legien sie nach wie vor verantwortlich zeichnete. Zwei Jahre später siedelte Valär nach Lübeck über, um näher am Druckort der Zeitung und in besserer Verbindung mit der Generalkommission zu sein.

Um eine statistische Arbeit fertig machen zu können, war ein vorübergehender Aufenthalt in Hamburg nötig. Um das zu ermöglichen, mußte Valär seinen schönen blonden Vollbart opfern. In einen marineblauen Anzug gesteckt, die Seemannsmütze auf dem Kopfe, überschritt er eines Tages als Kapitän Bartels die Grenze der Freien und Hansestadt Hamburg. Und als Käppen Bartels ist er in Kreisen der immer weniger werdenden alten Genossen in Hamburg auch jetzt noch bekannt.

Als 1903 die Generalkommission ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte, ging auch Käppen Bartels mit. Aber die dreijährige Erfahrung hatte dem Redakteur die

Ueberzeugung beigebracht, daß die Zeitung allein nicht genügenden Einfluß habe, um das Streikbrechertum und all den organisatorischen Schaden, der durch die Italiener entstand, zu beseitigen. Da es aber in Deutschland verboten war, in öffentlichen Versammlungen sich fremder Sprachen zu bedienen und sowohl für den Redakteur wie für das Weiterereichen der Zeitung das öffentliche Auftreten des Redakteurs eine Gefahr bedeutete, so mußte ein anderer Weg für die mündliche Agitation unter den Italienern beschritten werden. Im Winter sind die Streikbrecher alle zu Hause, und dort müssen sie aufgesucht werden. Das war sein Gedanke; doch der Durchführung stand eine politische Anklage entgegen, die sich Valär anlässlich der italienischen Wirren im Jahre 1898 an seinem damaligen Aufenthaltsort zugezogen hatte. Auf Verreiben unserer Genossen im italienischen Parlament wurde diese Sache in die Amnestie von 1900 einbezogen und nun war die Bahn frei für eine agitatorische Tätigkeit, die, unter schwierigsten Umständen und bei allergrößten körperlichen Strapazen durchgeführt, für die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterschaft gute Früchte tragen sollte.

Mit Unterstützung der Unikaria, einer Mailänder kulturellen Gesellschaft, und der deutschen Gewerkschaften, unter Billigung der italienischen Regierung und in Begleitung des Dr. Piemonte, durchwanderte Genosse Valär im Winter 1903 bis 1904 die steifverschneiten Berge und Täler der Provinz Udine. Es wurden 60 bis 65 Ortschaften besucht. Der Referent mußte oft zwei- oder dreimal am Tage reden und manchmal auch zwei Tage an einem Ort bleiben, um die Auswanderer von Haus zu Haus aufzusuchen, weil die Abhaltung einer Versammlung nicht möglich war. Schwierigkeiten machten die Ortsgeistlichen, die Streikbrecherführer und Agenten und die Frauen, die einige Male in Versammlungen eindringen, um ihre Männer wegzuschleppen. Genosse Valär hatte eine Menge von Laffachenmaterial gesammelt, das er schonungslos in den Versammlungen in Anwesenheit der Schuldigen vor-

Kennst Du es schon?

unser

FACHBLATT DER MALER

Frage Deine Filialverwaltung! Sie gibt Dir jede Auskunft!

bedingungen der Lehrlinge und Jugendlichen bereits in einer ganzen Anzahl von Verufen tariflich geregelt und der Gedanke des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften wird sich trotz der heute noch ablehnenden Haltung der Arbeitgeber und ihrer Organisationen noch weiter durchsetzen. Wollen sich die Lehrmeister ihrer wichtigen Aufgabe gewachsen zeigen, so sollten sie von sich aus den Lehrlingen während der Berufsschulferien den Schultag freilassen. Diese 10 bis 12 Tage im Jahre werden den Betrieb ganz gewiß nicht schädigen. Die Erholung würde sich ohne Zweifel in erhöhter Arbeits- und Berufsfreude und so nicht zuungunsten der Arbeitsleistung an den übrigen Wochentagen auswirken.

Manche Forderungen, an deren Erfüllung weite Kreise unserer jetzigen Generation kaum zu hoffen wagten, sind im letzten Jahrzehnt Wirklichkeit geworden. Aber gerade auf dem Gebiet der Jugendpflege, des Jugendschutzes und der Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft überhaupt, sind wir bisher noch nicht über leise Anfänge hinausgekommen.

Aus unfrem Beruf

Eberfeld-Barmen. (Jubiläumfeier.) Auch in diesem Jahre konnten wir wieder 10 Kollegen zu ihrer 25jährigen Verbandzugehörigkeit beglückwünschen. Die Filiale hatte am 6. Juli eine Feier veranstaltet, wobei der festlich geschmückte Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Ein Jungkollege sprach einleitend einen stimmungsvollen Prolog. Hierauf schilderte unser Bezirksleiter, Kollege **Weringer**, in seiner Festrede die Entwicklung unserer Organisation. In ehrender Weise gedachte er der Jubilare, die trotz aller Polizeischikanen im früheren monarchistischen Deutschland den großen Opfermut für die Erhaltung und Fortentwicklung unserer Berufsorganisation aufbrachten. Was auf sozialpolitischem Gebiet erreicht werden konnte, ist in hervorragendem Maße der unausgesetzten Tätigkeit unserer freien Gewerkschaften zu danken. Daran haben auch unsere alten Kollegen mitgewirkt und an ihnen möge sich die heranwachsende Generation ein Beispiel nehmen. Ein Arbeitergesangsverein verschönte unser Fest durch seine Vorträge. Im gemütlichen Teil hielt ein Humorist durch zeitgemäße Darbietungen die Lachmuskeln in dauernder Bewegung. Die Feier wird allen Festteilnehmern in guter Erinnerung bleiben und unsere Kollegen veranlassen, auch in Zukunft und noch mehr als bisher alle Kräfte für den Verband einzusetzen.

Chemnitz. In einer Mitgliederversammlung am 12. Juli erstattete der Geschäftsführer, Kollege **Rauschenbach**, den Quartalsbericht. So befriedigend das Ergebnis an sich ist, müssen wir doch feststellen, daß es immer noch einige Kollegen verstehen, sich der Beitragspflicht zeitweilig zu entziehen. Um dem unkollegialen Verhalten dieser Drückeberger entgegenzuwirken, müssen die vom Verbandsangeordneten Buchkontrollen regelmäßig und gründlich auf den Arbeitsstellen durchgeführt werden. Diese Aufgabe allein den Betriebsräten und Betriebsvertrauensleuten überlassen zu wollen, ist eine Vernachlässigung wichtiger Organisationspflichten, deren sich kein Kollege schuldig machen darf. Denn nur dann kann die Organisation vorwärts gebracht werden, wie es zur Durchführung ihrer Aufgabenkreise notwendig ist. Immerhin ist die Mitgliederzahl gestiegen und die Kassenerhältnisse sind besser geworden. Dem Antrag der Revisoren auf Entlastung wurde stattgegeben. — In seinem weiteren Bericht von einer Bezirkskonferenz konzentrierte sich **Rauschenbach** auf die Arbeitslosenversicherung. Der Grund für die feindselige Stellungnahme des Unter-

nehmers gegen diesen Zweig sozialer Versicherungs-gesetzgebung ist in dem Willen zu suchen, sich dauernd einen möglichst großen Stamm billiger, durch Not willenlos gemachter Arbeitskräfte zu sichern. Die anregende Diskussion zeigte, daß sich unsere Kollegen viel mit diesen Angelegenheiten befaßt haben. Diesem Bewußtsein gaben zwei Entschlüsse Ausdruck, die dem **ADGB** ihre Genußnahme aussprachen, daß er mit allen, auch den schärfsten Mitteln, für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der Arbeitslosenversicherung eintreten wird und in denen die Versammelten jede Hilfeleistung zusagten. Nach Erledigung einiger organisatorischer Angelegenheiten, konnte der Vorsitzende, Kollege **Schirber**, die Versammlung mit dem Wunsche schließen, daß die einmütige Zusammenarbeit auch fernerhin gute Erfolge für die Kollegenschaft zeitigen möge.

Berufsunfälle

Neuwied. Der Kollege **Wilhelm Eisen** stürzte am 8. Juli beim Gerüstbau ab. Der Bedauernswerte erlitt Arm- und Beinbrüche, so daß er voraussichtlich für den Rest des Sommers an den Folgen des Unfalles daniederliegen muß.

Die Explosion eines Sprühapparates und seine Folgen.

Die Gefahren für Leben und Gesundheit, denen unsere Kollegen ausgesetzt sind, kann man in drei Gruppen einteilen.

1. Die Gefahr des Herunterfallens.
2. Vergiftungen.
3. Die Explosionsgefahr.

Die Leser werden staunen und sagen: Es ist richtig, daß wir einen erheblichen Teil unseres Lebens auf Gerüsten, Leitern, Fenstersimsen usw. zubringen und daß wir giftige Rohmaterialien verarbeiten müssen; aber daß ein Farbenkopf explodiert, das gibt es doch nicht. Es gibt aber explosionsfähige Farbensöpfe, nämlich die für den Malerberuf recht zweifelhaftes Kulturerzeugnisse, die Sprühmaschinen, die neben der wirtschaftlichen Schädigung unserer Kollegen auch noch die Unfallgefahr erhöhen. Der Kollege **G.** hat das am eigenen Leibe erfahren müssen und in der Unfallanzeige berichtet der Arbeitgeber wie folgt:

„Im Kellergehoß des Neubaus wurden die Keller mittels Sprühverfahren geweißelt, hierbei explodierte ein Luft- und Farbenbehälter und verletzte **Wagmann**, der 1 m von dem Kessel entfernt arbeitete.“

Die Verletzungen waren erheblicher Natur; sie bestanden in Verwundungen am Kiefer, am Hals und an der Stirn sowie in einer Gehirnerschütterung. Der Unfall trug sich am 5. Oktober 1927 zu und nach Abschluß des Heilverfahrens erhielt **G.** vom 5. Januar bis 5. März 1928 eine Rente von 20 % und vom 8. Mai 1928 an eine solche von 10 %. Mit Bescheid vom 27. Februar 1929 entzieht die Berufsgenossenschaft die Rente, weil **G.** im Unfallbetriebe weiter arbeitet und 1,20 A Stundenlohn hat, wie ein gleichartiger Arbeiter. **G.**, der aber immer noch seit dem Unfall Kopfschmerzen empfindet und dem es bei Gerüst- und Leiterarbeiten noch schwindlig wird, ließ durch das Arbeitersekretariat gegen den Bescheid Berufung einlegen.

Hierauf entspann sich der typische Kampf um die Rente. Die Berufsgenossenschaft steht auf dem Standpunkt, daß **G.** die Angst vor Gerüstarbeiten und das Schwindelgefühl bei Leiterarbeiten durch eigene Energie überwinden muß, und will ihm zu der nötigen Energie dadurch erziehen verhelfen, daß sie ihm die Rente entzieht. Also! Nach Ansicht der Berufsgenossenschaft handelt es sich nur noch um einen Fall von Unfallneurose.

Das Oberversicherungsamt erhebt ein ärztliches Gutachten, in dem es heißt:

„Wie früher ist an den Gehirnerkrankungen nichts Krankhaftes nachweisbar. Bei der üblichen Untersuchung kann man auch keinen Schwindel feststellen. Die Furcht, auf höhere Leitern zu steigen, ist wohl psychogen bedingt und auch begreiflich. Doch erweist die Lohnauskunft vom 30. Januar 1929, daß **G.** alle vorkommenden Arbeiten im Malerbetriebe ausführen kann und daß er denselben Lohn verdient wie ein gesunder, gleichartiger Arbeiter. Eine wirtschaftliche Schädigung besteht also offenbar nicht mehr. Objektive ist kein Schwindel mehr nachweisbar. Ich schätze die Erwerbsminderung durch den Unfall auf 0 %.“

Bei dem Gutachten fällt auf, daß der Sachverständige bei seiner Beurteilung der Erwerbsminderung sich in der Hauptsache hat davon leiten lassen, daß **G.** alle im Malerberuf vorkommenden Arbeiten ausführen kann und den gleichen Lohn verdient wie ein gleichartiger Arbeiter. Wie wenig genau aber manche Sachverständigen ihre Aufgaben erfüllen, geht im vorliegenden Falle daraus hervor, daß der Arbeitgeber berichtet hatte, daß **G.** alle vorkommenden Arbeiten verrichtet, aber mit Ausnahme der Leiter- und Gerüstarbeiten. Leiter- und Gerüstarbeiten kommen im Malerberuf aber so vielfach vor, daß sie allgemein etwa die Hälfte Zeit in Anspruch nehmen, was auch einem Arzt bekannt sein muß. Der Sachverständige gibt sogar zu, daß die Furcht des **G.**, auf hohe Leitern zu steigen, begreiflich ist, und trotzdem kommt er zu einer für den Kollegen **G.** so ungünstigen Beurteilung. Mit seiner Furcht vor Leiter- und Gerüstarbeiten, die doch zweifellos Unfallfolge ist, kommt **G.** in der Mehrzahl der Malerbetriebe überhaupt nicht in Betracht, und die Rücksicht, die im Unfallbetriebe wegen seines Zustandes auf ihn genommen wird, scheidet auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte fast vollständig aus. Es kann sein, daß auch das Schwindelgefühl oder die bloße Furcht vor Gerüst- und Leiterarbeiten einmal vergeht; aber solange das nicht der Fall ist, muß m. E. die Berufsgenossenschaft eine Entschädigung zahlen. Die Untersuchungen des **G.** durch den Sachverständigen haben auf ebenem Boden stattgefunden; sie können nicht ausreichen, um dadurch nachzuweisen, daß **G.** auf Leitern und Gerüsten vom Schwindelgefühl frei ist.

Leider hat das Oberversicherungsamt dieses Argument nicht gelten lassen und hat die Berufung zurückgewiesen.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist es, wie auch dieses Beispiel zeigt, nicht leicht, für die Arbeiter Erfolge zu erzielen. Hier sind die gleichen Schwierigkeiten anzutreffen, wie man sie bei den Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden über Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorfindet.

M. Nagel, Mannheim.

Gewerkschaftliches

40 Jahre Deutscher Dachdeckerverband. Unlänglich des 40jährigen Bestehens des Zentralverbandes der Dachdecker ist das Verbandsorgan in großer und vorzüglich illustrierter Aufmachung erschienen. Wer die Schwierigkeiten der Gründung einer Gewerkschaft während des damals noch bestehenden Sozialistengesetzes kennenlernen will, dem gibt diese Festschrift, zu der Arbeitsminister **Wissell**, der Kollege **Leopard** als Vorsitzender des **ADGB** und eine ganze Anzahl um das Entstehen und Gedeihen des Verbandes verdienter Funktionäre und Berufskollegen inhaltvolle Beiträge geleistet haben, bereite Auskünfte. Dankbar wird vor allem der alten Mitglieder gedacht, die dem Verbandsorgan in schwerster Zeit und durch alle Fahrnisse, die Treue gehalten haben. Ist der Verband mit seinen etwa 12.000 Mitgliedern auch nur klein, so erfüllt er als ein rühriges Glied der deutschen Gewerkschaftsbewegung doch seine Aufgabe im Rahmen der Berufsorganisation so gut, daß seine Mitglieder in den letzten Jahren mehrfach eine Verschmelzung abgelehnt haben. Zur Erinnerung an das 40jährige Bestehen des Verbandes hat sein Vorsitzender, **Th. Thomas**, den ersten Teil einer Geschichte der Deutschen Dachdecker-Gewerkschaft herausgegeben, in der die Entwicklung des Berufes vom 13. Jahrhundert bis zur Verbandsgründung geschildert ist. In diesen vier Jahrzehnten hat der Dachdeckerverband seine Berechtigung durch wirkungsvolles Eintreten für seine Mitglieder nachgewiesen; möge es ihm beschieden sein, auch weiter zu seinem Teile an der Stärkung der gewerkschaftlichen Macht und damit an der Befreiung der Arbeiterklasse mitzuarbeiten. Glück auf, zu weiteren Taten!

Für **Michael Kayser**, Schriftleiter der „Holzarbeiter-Zeitung“, bringt das Jahr 1929 drei wichtige Gedenktage. Am 10. Juli konnte er auf eine dreißigjährige Tätigkeit als Angestellter seiner Organisation zurückblicken. Am 31. Dezember ist ein Vierteljahrhundert verfloßen, seitdem ihm die Redaktion des Verbandsorgans übertragen wurde und dazwischen kann er am 30. November seinen 60. Geburtstag begehen. Seit 1888, das heißt seit Beendigung seiner Lehrzeit steht **Kayser** in den Reihen seiner organisierten Berufskollegen. Er hat sich ständig mit allen seinen vielseitigen Fähigkeiten in erfolgreichstem Maße an der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung beteiligt und allen Aufgaben, die ihm von den Entwicklungsjahren des heute so stolzen Organisationsgebäudes an übertragen wurden, hat er sich mit viel Liebe und Ueberzeugungskraft unterzogen. Das Ansehen, dessen sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ in der deutschen Arbeiterschaft und weit darüber hinaus erfreuen kann, ist nicht zuletzt der emigen und aufopfernden Tätigkeit ihres langjährigen Schriftleiters zu danken. Möge es dem Jubilär vergönnt sein, seiner Gewerkschaft und der ganzen Arbeiterbewegung noch recht lange erhalten zu bleiben.

trag. Der Erfolg war gut. Aus verschiedenen Versammlungen wurden die Streikbrecheragenten wie Hunde verjagt, und in vielen Dörfern durften sie sich nicht mehr sehen lassen. Das Wort „**Rumiro**“ (Streikbrecher) wurde zur schimpflichsten Beleidigung.

Solche Agitationstouren wurden 1905 und 1906 wiederholt und auch auf die Provinzen **Velluno**, **Verona** und **Como** — alles Alpenländer — ausgedehnt. Unter den Agitatoren ist der sehr verdienstvolle Genosse und Sekretär des italienischen Maurerverbandes **Felice Quaglini** namentlich zu nennen, der heute, ebenso wie **Dr. Piemonte**, als Verbannter in Paris lebt.

Genosse **Valär** hatte sich bei den anstrengenden Agitationstouren 1904 und 1905 ein schweres rheumatisches Leiden zugezogen, das ihn lange Zeit auf das Krankenlager warf und es ihm unmöglich machte, im Winter 1906 sich an der Agitation zu beteiligen. Als dann im Jahre 1907 in dem Genossen **Podgornik** aus Triest ein geeigneter Ersatz für den Redakteurposten gefunden war, nahm er aus Gesundheitsrücksichten und in der Hoffnung, nun noch besser im Sinne der modernen Arbeiterbewegung unter den italienischen Wanderarbeitern wirken zu können, die ihm angebotene Stelle als Adjunkt der italienischen Junge am Schweizerischen Arbeitersekretariat an. Er hatte sich nicht getäuscht. War die Arbeit auch nicht leicht, so gelang es ihm doch, die zwei Bauarbeiterorganisationen (die italienische und die deutsche) zu verschmelzen und als auch die beiden Steinarbeiterverbände vereinigt werden konnten, war der Boden für erfolgreiches Vorwärtsschreiten bereitet. Das größte Uebel war immer noch die alljährliche Zu- und Abwanderung der Italiener, so daß in jedem Winter die Werbe- und Aufklärungsarbeit in den Bergen der Grenzgebiete fortgesetzt werden mußte. Daraus wurde schließlich mit Hilfe der deutschen, schweizerischen und italienischen Bauarbeiterverbände eine systematische Winteragitation, der es letzten Endes zu verdanken war, daß die Zahl der italienischen Streikbrecher bei dem großen Kampf

im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910 so außerordentlich gering war.

Zu derselben Zeit gab **Valär** dem Drängen seiner italienischen Freunde nach. Er ging wieder nach Mailand, wo er in der Organisation der Auswanderersekretariate einen dankbaren Wirkungskreis fand. Nicht nur Rat und Hilfe sollte den von allen Seiten ausgebeuteten Auswanderern zuteil werden, sondern von dem Grundsaß ausgehend, daß die Befreiung der Arbeiterschaft nur durch sie selbst errungen werden kann, wurde die Förderung gewerkschaftlicher Solidarität an den Anfang dieser Bestrebungen gesetzt. Diese Kulturarbeit wurde dann durch den Ausbruch des Weltkrieges unterbrochen. Das Zentralbüro und die Sekretariate wurden in Hilfsstellen für die aus allen Teilen der Welt zurückkehrenden Flüchtlinge umgewandelt, bis dann im dritten Kriegsjahr **Valär** infolge der Kriegsspychose des Landesverrats und der Spionage verdächtigt und auf Schritt und Tritt überwacht wurde. Noch eine große Aufgabe konnte er nach Kriegsende im Aufbau der Arbeitsnachweise für die aus dem Felde und in die Friedensarbeit zurückkehrenden Arbeitermassen erfüllen, da an eine Auswanderung vorläufig nicht mehr zu denken war. Mit dem Siege des Faschismus begann eine bittere Zeit. Alle Stellen in den Arbeiter- und Kulturorganisationen wurden durch zuverlässige Kreaturen der neuen Herrschaftsrichtung besetzt. **Valär**, dieser Pionier der Arbeiterbewegung, der seit 1898 stets und mit großem Erfolg für Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften in aufopfernder Weise gewirkt hatte, sah sich schließlich vor die Wahl gestellt, entweder Faschist zu werden oder zu verhungern oder Italien den Rücken zu kehren. Aus dem Verkauf seiner kleinen Wohnungseinrichtung und mit Hilfe von deutschen Freunden wurden die Mittel beschafft, Rom und Italien verlassen zu können. Er folgte seinem alten Drange und verließ als ein Aufrechter das Land, dem er seine besten Kräfte gewidmet, um wieder in Deutschland Zuflucht zu suchen, von wo er einst seine gewerkschaftliche Pionierarbeit begonnen hatte.

Youngplan, Reichsfinanzen und Steuern überschreibt die „Gewerkschafts-Zeitung“, Nummer 28, einen Artikel, in dem sie sich eingehend mit diesen für die Arbeiterklasse so äußerst wichtigen Materien auseinandersetzt. Der Verfasser kommt nach Bekanntgabe der Verringerung der deutschen Reparationszahlungen der nächsten acht Jahre zu der Feststellung, daß die weitgehenden Forderungen der Industrie und der Landwirtschaft nach Steuererleichterungen vorerst schon deshalb keine Berücksichtigung finden können, weil sich das Reich mit seinen Finanzen in großer Notlage befindet und die Gelder für laufende Ausgaben fast Monat für Monat zusammenborgen muß. Die Verwendung der späterhin überschüssigen Beträge kann aber keineswegs nach den Wünschen der industriellen Unternehmer vorgenommen werden, es käme höchstens eine Senkung der Gewerbesteuer in Betracht. Viel wichtiger ist aber eine Entlastung der breiten Massen des Volkes durch

Heraufhebung der steuerfreien Grenze bei der Einkommens- und Vermögenssteuer.

Von der ersten, zu der auch die Lohnsteuer gehört, sind jetzt nur 1200 M. von der Vermögenssteuer nur Beträge bis zu 5000 M. steuerfrei. Damit werde die Kapitalbildung durch die minderbemittelten Bevölkerungskreise gefördert — dieses Sparkapital ist ebenso goldbringend wie das von Unternehmungen gebildete Kapital — und da das Verhältnis von Verwaltungskosten zum Steuerertrag bei den kleinen Einkommen denkbar ungünstig ist, könnte eine wünschenswerte Entlastung der Finanzverwaltungen eintreten. Gegenüber diesen vorordentlichen Erleichterungen muß die Milderung der Kapitalverkehrssteuer zurückstehen. Notwendig sei dagegen die Erleichterung für die Landwirtschaft. Und hier würde eine Uebernahme der Rentenbankzinsen durch das Reich eine Entlastung um rund 100 Millionen Mark bedeuten, die sich für die Landwirtschaft wie auch für die Verbraucher bei weitem günstiger auswirken könnte, als die soeben durchgeführten Zollerhöhungen.

Der Reichshaushalt erhält künftig infolge der wachsenden Summen des Youngplans, bei gleichzeitiger Abnahme der inneren Kriegslasten, stets ein wechselndes Aussehen. Damit wird die Frage einer umfassenden Steuerreform immer brennender. Die Besteuerung reiner Genussmittel, wie Tabak und Alkohol, ist in verschiedenen Ländern viel höher als in Deutschland, und auch die Erbschaftsteuer ist bei uns außerordentlich niedrig. Dagegen müßte ein so wichtiges Volksernährungsmittel wie der Zucker, steuerfrei gemacht werden, was den landwirtschaftlichen Erzeugern und den Verbrauchern gleichermaßen zugute käme. Endlich gebe die Durchführung des Youngplans Anlaß, die seit langen Jahren unstrittigen Probleme des Finanzausgleichs und der Steuervereinfachung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in Angriff zu nehmen, um dadurch viele Hindernisse für die weitere Entwicklung Deutschlands aus dem Wege zu räumen.

Sozialpolitisches

Umfangreiche Waggonbestellungen der Reichsbahn.

Nach langen Bemühungen ist es nunmehr zu einer Vereinbarung zwischen der Reichsbahn und der deutschen Wagenbauvereinigung gekommen. Ein Bankenkonsortium gewährt der Reichsbahn beziehungsweise den Waggonfabriken einen Kredit von 100 Millionen Mark. Dieser Kredit wird von der Reichsbahn und zu einem geringen Teil von den Waggonfabriken verzinst. Für das laufende Jahr ergibt sich einschließlich der bisherigen Bestellungen ein Auftragsbestand von 190 Millionen Mark. Für 1930 sieht der Beschaffungsplan Aufträge in Höhe von 198 Millionen Mark vor. 2100 Personenzüge und 200 Gepäckwagen sollen bis Frühjahr 1930 in Auftrag gegeben werden. Diese Wagenbestellungen gliedern sich in 100 D-Zugwagen 1. und 2. Klasse, 1000 2.-Klasse-Wagen, 500 2.- und 3.-Klasse-Wagen und 50 vierachsige Durchgangswagen für Personenzüge. Durch diese Bestellungen der Reichsbahn sind die deutschen Waggonfabriken auf längere Zeit hinaus voll beschäftigt. Hinzu kommt noch, daß auch die Straßenbahnen und sonstige Körperschaften nicht geringe Aufträge zu vergeben haben. Die langjährige Geschäftstille im Waggonbau hat sich plötzlich in eine Hochkonjunktur verwandelt. Man sieht hieraus, was eine systematische Auftragserteilung öffentlicher Unternehmungen zu leisten vermag.

Zusammenschluß der deutschen Seeschiffswerften.

Die bereits vor Jahren eingeleitete Zusammenschlußbewegung der Seeschiffswerften hat zu einer weiteren Klärung geführt. Der größte Teil dieses ehemaligen blühenden Industriezweiges ist in dem Bremer Werft-Trust **Deichmaga** vereinigt. Außerhalb desselben stehen die Werften **Blohm & Voß**, Hamburg, die **Deutsche Werft**, Hamburg, und die Gruppe, die der Hamburger Schiffsgroßhändler **Dietrichsen** bildet. Letzterer besitzt die **Howaldtswerft** in Kiel, **Janssen & Schmilinsky**, Hamburg und Teile der **Vulkanwerft** in Hamburg. Die Vulkanwerft wird vollständig aufgelöst. Maßgebend bei den Seeschiffswerften sind also in Zukunft die **Deichmaga**, **Dietrichsen** und **Blohm & Voß**. Ob damit die Zusammenschlußbewegung abgeschlossen ist, steht dahin.

Arbeiterversicherung

Schärfere Kontrolle der Arbeitslosen zur Verhinderung von Schwarzarbeit.

Zur Erfassung oder wirkameren Verhinderung von Schwarzarbeit hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeiterversicherung und Arbeitslosenversicherung vor Kurzem ein Schreiben an die Landesarbeitsämter herausgegeben, in dem Anweisungen für eine schärfere Prüfung der Arbeitslosigkeit enthalten sind. Es heißt darin u. a.: Ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, muß dem Arbeitsamt tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei Ausfüllung der Arbeitsbescheinigungen ist noch nicht überall die erforderliche Gewissenhaftigkeit erreicht. Die Arbeitsämter haben zu prüfen, ob aus den Arbeitsbescheinigungen

der wahre Entlassungsgrund hinlänglich ersichtlich ist. Erhöhte Aufmerksamkeit wird der Prüfung zuzuwenden sein, ob Scheinarbeitsverhältnisse vorliegen, die niemals eine Anwartschaftszeit erfüllen können.

Es ist Pflicht der Arbeitsämter, der Kontrolle, ob die Unterstügten ungemeldete Erwerbsarbeit ausüben, die äußerste Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete Ueberwachung dafür zu sorgen, daß Ausnutzung der Versicherung durch solche „Schwarzarbeit“ vermieden wird. Bei unständig Beschäftigten wird die Kontrolle durch die Vorlegung der Lohnlisten und Lohnbücher zu ermöglichen sein. Ein weiteres unentbehrliches Kontrollmittel sind Hausbesuche.

Vorhandene offene Stellen sind den einzelnen unterstügten Arbeitslosen anzubieten. Der Ausruf offener Stellen genügt nicht. Die Meldung ist sofortig so einzurichten, daß sie eine wirkliche Kontrolle der Arbeitslosigkeit während des Unterstügungsbezuges gewährleistet. Die Landesarbeitsämter haben die Arbeitsämter bei diesen Aufgaben zu unterstützen und sich durch eingehende und regelmäßige Nachprüfungen ein zutreffendes Bild von deren Durchführung zu verschaffen.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Angemeldet Patent.

Kl. 75 d. W. 80 736. Verfahren zur Herstellung von farbigen Bildern, Plakaten und Schriftzeichen. W. Wasser & Co., Zürich, Schweiz.

Gebrauchsmuster.

Kl. 75 c. 1 079 776. Farbsprühvorrichtung. Dipl.-Ing. Karl Ludwig, Hamburg 37, Hanfsackstraße 65.

Kl. 75 c. 1 080 077. Sprühapparat zum Zerstäuben von Farben, Lacken und dergleichen. Hermann Hagemeier, Leipzig O. 28, Eisenbahnstraße 117.

Kl. 75 c. 1 080 135. Haken zur Aufhängung von Massenartikeln, insbesondere von Malerschablonen. Johanna Hummel, Zirndorf b. Nürnberg.

Reklameschau 1929, vom 10. August bis 8. September, auf dem Ausstellungsgelände am Kaiserdamm in Berlin. Veranstalter sind das „Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin“ und der „Reichsverband Deutsche Reklame-Messe e. V.“ Die Reklameschau wird eine Ausstellung, eine Leistungsschau und zwei Sonderausstellungen in sich bergen. Eine **Reklamestadt**, als alter und neuer Stadtteil gedacht, soll zeigen, wie zweckmäßige Reklame das Stadtbild nicht nur zu schonen, sondern es hervorzuheben und ihm eine reizvolle Anziehungskraft zu geben vermag. Eigenreklame der Länder und Städte, eine Uebersicht zur modernen Verkehrswerbung, graphische und plastische Stadtdarstellungen sollen die von einer Reihe belehrender Vorträge umrissene Ausstellung vervollständigen. Eine **Ladenstraße** wird vorbildliche Schaufensterreklame und sonstige Werbemittel zeigen. Die Vorträge finden in der Zeit vom 12. bis 15. August, im Kongresssaal des Funkhauses auf dem Ausstellungsgelände statt. — Da Farbe und Malerei unentbehrliche Hilfsmittel der modernen Reklame sind, darf die Schau auf das Interesse weiter Berufskreise rechnen.

Verchiedenes

Das **Volkshochschulheim Dreifigacker** eröffnet am 15. September 1929 einen Männerkursus, der bis zum 21. Dezember läuft.

Anmeldungen sind mit kurzem Lebenslauf möglichst umgehend an die Heimleitung Dreifigacker (Thüringen) zu richten.

Als Kursusgeld werden für den 3 1/2-Monatskursus wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gezahlt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Im Minimum aber 150 M einschließlich für Kost, Wohnung, Heizung und Licht.

Die Reisekosten sind zur Hälfte ermäßigt. (Prospekte durch die Heimleitung.)

Zwei Sprechchorkurse

finden unter der Leitung von **Johannesson**, Hamburg, Leiter des Hamburger Sprechchors, in der Zeit vom 1. bis 14. September 1929, in der Arbeiter-Turn- und Sportshule, Leipzig, Fischestraße 32/34, statt. Vom 1. bis 7. September soll eine grundlegende Einführung in die Tätigkeit des Sprechchors, unter dem Thema „Grundlagen der chorischen Gestaltung“, gegeben werden, während „Entwicklungsmöglichkeit des Sprechchors“ behandelt.

Jeder Kursus wird selbstständig durchgeführt, doch ist der zweite Kursus als eine gewisse Fortführung des ersten Kursus anzusehen. Im allgemeinen kommt der erste Kursus mehr für Anfänger und die Chorleiter kleinerer Orte, der zweite Kursus mehr für die Chorleiter und Mitwirkenden größerer Orte, die über die Anfänge der Sprechchorarbeit hinaus sind, in Betracht. Im zweiten Kursus behandelt **Martin Gleisner**, der Leiter des Berliner Bewegungschors, das Thema „Der Bewegungssprechchor“. Außerdem wird der Sprechchor der Leipziger Arbeiterenschaft, unter Leitung des Genossen **Zimmermann**, seine Uebungen im Kursusaal abhalten und damit die Durchführung der Kurse wertvoll unterstützen.

Die Teilnehmer werden in der Bundeschule untergebracht und verpflegt. Dafür ist ein Tageslohn von 5 M zu zahlen. Außerdem ist eine Teilnehmergebühr von 5 M der zweite Kursus vom 9. bis 14. September. Das Thema für jeden Kursus zu entrichten.

Die Organisationen werden freundlichst eingeladen, Teilnehmer zu den Kursen zu entsenden. Anmeldungen zu beiden Kursen sind mit kurzer Angabe der Befähigung in den Organisationen, des Alters und Berufs, bis zum 15. August dieses Jahres, an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Literarisches

Nie wieder Krieg! Zur rechten Zeit, um sich bei der Gefahr eines neuen Weltbrandes im fernem Osten auf das verdrückliche Erleben der Kriegsbeter vor nunmehr 15 Jahren in unserm geschändeten Europa zu erinnern, hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam eine Broschüre mit photographischen Aufnahmen aus dem Weltkrieg herausgegeben. Diese Bilder sprechen eine andere Sprache als die erlogenen Gelbgebilde und Verherrlichungen kriegerischer Militaristen. Der Herausgeber hat deshalb gut daran getan, auf treffliche Erklärungen zu verzichten und das wahrheitsgetreue Bild durch sich selbst auf den Beschauer wirken zu lassen. Daß die Bilder vorwiegend vom zentral-europäischen Kriegsschauplatz stammen, ist nur darauf zurückzuführen, daß authentisches Material nur von den zentral-europäischen Ländern zu beschaffen war. Während der Direktor des Anti-Kriegsmuseums in Berlin, **Ernst Friedrich**, das Bildmaterial in erster Arbeit gesammelt hat, sind ähnliche Zusammenstellungen in den Siegerländern gipfelslos nur in den Geheimkammern der Kriegsmilitärministerien vorhanden. Das deutsche Volk wird noch Jahrzehnte hinaus an den Folgen des Stahlbandes zu tragen haben, und es erfüllt eine Pflicht der Menschlichkeit, wenn es durch Unterstützung für endgültige Abschaffung der Scheinlichkeiten des Waffenmordes sorgt.

Deshalb heißt an der Verbreitung dieser Broschüre! Sie ist zum Ladenpreis von 1,50 M, für Organisationsmitglieder für eine Mark von der Verlagsanstalt des ADGB, Berlin S 14, Infanteriestraße 6, auch durch die einzelnen Verbände und Ortsgruppen zu beziehen.

Kampf um Verfassung und Republik. Brauchbares Material für die Verfassungsbewegung hat soeben erschienene Hefchen der „Sozialistischen Bildung“. In einer Vortragsdisposition „Demokratie und Republik“ formuliert **Dr. C. Wierendoff** nach einer Reingehung der innerpolitischen Lage die wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf gegen offenen und verhehlten Faschismus. Anschließend hieran gibt **H. Ademann** in einer Uebersicht „Zehn Jahre Kampf um Verfassung und Demokratie“ eine durch zahlreiche bibliographische Angaben ergänzte Darstellung der wichtigsten staatsrechtlichen Probleme, die jetzt im Vordergrund des politischen Lebens stehen. Es folgt dann „Vor fünfzehn Jahren“ von **G. Seger** und ein längerer Aufsatz von **Professor Erik Nöding** über das Thema „Wahlkreise im Universalstimmrecht“. Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Wahrheit“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 H. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Vorkostennummern gern zur Verfügung.

Boston. Am 22. August 1927 hat **Upton Sinclair**, wie er im Vorwort dieses großen Romans sagt, den Entschluß gefaßt, den Roman zu schreiben. Es ist ein historischer Roman, der die Geschichte des Sacco-Vanzetti-Prozesses behandelt. Im Mittelpunkt des Romans steht die Gestalt **Bartholomew Sangattis**, des geistigen Führers der beiden von der herrschenden Klasse verhafteten und schließlich hingerichteten. Die ganze Geschichte Amerikas vom Jahre 1916 bis zum Jahre 1927 wird vor den Leser hingestellt, die Kriegsbeute der amerikanischen Großindustriellen, die ihre Kriegspolizei einrichten, während die Arbeiterklasse vergebens in Streiks um Lohnerböschung kämpft, die durch die ungerechte Zerschlagung der Warenpreise notwendig ist; die „legitimen“ amerikanischen Truppen führen aus Frankreich zurück, Arbeitslosigkeit herrscht; der amerikanische Dollar kämpft gegen die ansteigende Flut der „roten“ Verbrechen, indem er Volkstruppen finanziert und, anstatt seinen Arbeitern anständigen Lohn zu zahlen, den konterrevolutionären weißen Terror in Ungarn und Italien finanziert. In den beiden unerschütterlichen Anarchisten, **Sacco** und **Vanzetti**, soll die „rote Gefahr“ in einem weit schillerbaren Beispiel radikal veranschaulicht werden. Sinclair zeigt die einzelnen Stadien dieses Justizmordes: nie zu vergebender Beweis einer baherfüllten Klassenjustiz, die unbetrübt von allem lauten Widerspruch der gestimmten Welt ihr Opfer haben muß, ein Erschütternder, aber, feldensfähiger, aber vergeblicher Kampf mit Weltöffentlichkeit, die Korruption der Bostoner herrschenden Klasse auf. Es ist ein dieses Buch geworden, ein Volksträger unter den Romanen der Gegenwart. Dieser Umfang ist eine Novembilheit. Nur so konnte Sinclair das Bild der Stadt Boston zu einem Kolossalgemälde von ganz Amerika erweitern. Nur so konnte Sinclair aus den Namen **Sacco** und **Vanzetti** eine Formel des Klassenkampfes werden lassen, ein Slogan: **Sacco** und **Vanzetti** — Gerechtigkeit und Freiheit! Die schönsten Stellen des Romans sind die im Wortlaut übernommenen Reden und Briefe der beiden gemordeten Kameraden. Nachwelt, höre sie auf! Höre sie an, um sie nie wieder zu vergessen. — Die **Deutscher Verlag Gute Nacht**, Berlin SW 61, Dreißigstraße 6, bringt diesen Roman zu gleicher Zeit mit der Buchhandelsausgabe des **Walter Verlag** als Ausgabe für ihre Mitglieder zum Preise von 4,50 M heraus. Die weiteste Verbreitung des Romans „Boston“ ist zu wünschen.

Vom 22. Juli bis 28. Juli ist die 30. Beitragswoche

Vom 29. Juli bis 4. August ist die 31. Beitragswoche

Sterbetafel.

Dresden. Nach langem schwerem Leiden starb am 29. Juni unser Kollege der Invalide **Paul Wollweber** im Alter von 32 Jahren. — Am 9. Juli starb an den Folgen einer Blutvergiftung unser junger Kollege **Herbert Frische** im Alter von 24 Jahren.

Freiberg i. Sa. Am 5. April starb im Alter von 69 Jahren unser Kollege **Mag. D. A. D. A. D. A.** an Herzschlag.

Karlruhe (Haueneberstein). Am 1. Juli starb an den Folgen eines Unfalles unser treuer Koll. **Leopold Hertweck** im Alter von 28 Jahren.

Kiel. Im Alter von 18 Jahren starb am 12. Juli der Kollege **Alexander Rybarczyk** an Hüftgelenktuberkulose. — Durch einen Schlaganfall verschied am 14. Juli plötzlich unser langjähriges treues Mitglied der Kollege **Heinrich Paulsen** im Alter von 66 Jahren. Kollege **Paulsen** war in den letzten Kriegsjahren Mitglied unserer Filialverwaltung.

Röln. Am 3. Juli starb der Kollege **Franz Claren** aus Troisdorf, infolge eines Unfalles.

Mannheim. Am 24. Mai starb nach langem schwerem Leiden an der Prostatierkrankheit unser langjähriges Mitglied **Hans Lindenbaum** im Alter von 47 Jahren. — Am 8. Juli starb unser langjähriges treues Mitglied, der Lackierer **Job. Schweißler** nach kurzer Krankheit an Herzleiden im Alter von 38 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Aufrichtigen Dank sage ich allen Kollegen aus allen deutschen Gauen, des Auslandes und des 3. Bezirks im besonderen, die mit anlässlich meines 60. Geburtstages Glückwünsche überbrachten. **Emil Buch.**

Fernunterricht über Malerbuchführung Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsprüfung. **Franz Wenzel**, Raunhof b. Leipzig.